

Die Merkel-Regierung will die „Wende“ – wie kann sie gestoppt werden?

„Die Kanzlerin in Not“, titelte das Handelsblatt vom 18. Juni 2010. Und der Spiegel vom 14. Juni: „A. Merkel steht vor den Trümmern ihrer Kanzlerschaft...“

Nach der aktuellen Forsa-Umfrage kommen CDU/CSU nur noch auf erbärmliche 29% der Wählerstimmen, die FDP auf 5 %.

Dieses Bild, das seit einigen Wochen die politische Situation im Land prägt, drängt sich heute mit noch größerer Schärfe auf: Denn Merkel muss, egal wie tiefgehend die Verfallssymptome sind, unter denen ihre schwarz-gelbe Regierung leidet, „die Wende schaffen“!

Eine ums Überleben kämpfende, von Krisen zerrüttete Regierung Merkel muss das größte Spar-/Verarmungsprogramm in der Geschichte des Landes umsetzen. Sie muss die arbeitende Bevölkerung und Jugend für die Kosten der Milliarden-Rettungspakete für die Banken und Kapitalisten und die daraus folgende dramatische Staatsverschuldung durch einen „Befreiungsschlag“ gegen die noch vorhandenen Reste der sozialstaatlichen Errungenschaften zahlen lassen.

Dafür muss Merkel an die „nationale Verantwortung“ der SPD und der Gewerkschaften appellieren, um sie in die von EU und IWF diktierte Politik der Haushaltskonsolidierung einzubinden, für die die Bevölkerung bluten soll.

Und SPD-Chef Sigmar Gabriel bietet ihr zur „Krisenbewältigung“ die Schließung eines „Pakts der Vernunft“ an und verspricht, dass die SPD unter seiner Führung im Bundesrat keine generelle Blockadepolitik betreiben wird.

Welcher Arbeitnehmer aber würde verstehen, dass die SPD und die DGB-Gewerkschaften, die von der Arbeiterschaft zur Vertretung ihrer politischen und sozialen Interessen aufgebaut wurden, heute nicht alle Kraft dafür aufbringen und mobilisieren, um diese verheerenden Schläge abzuwehren und zu stoppen?

Das 80-Milliarden-Sparpaket sieht im Sozialetat Einschnitte von 7,9% vor und für den Arbeitsmarkt Kürzungen von 4,4 Mrd. für 2011 und bis 2014 von 10,4 Mrd. Euro.

„Die Reform ist eine katastrophale Grundentscheidung. Hier wird die Axt an die Grundfesten des Sozialstaats gelegt“, warnt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in einem Interview in der Pas-

sauer Neuen Presse vom 13. 7. 2010.

Zu diesem Paket der sozialen Grausamkeiten gehört ebenso die Rente mit 67, die noch mehr alte Menschen ins Elends stürzen wird, wie die Gesundheitsreform, die den endgültigen Einstieg in den Systemwechsel zur 3-Klassen, zur Armen-Medizin bedeutet.

Bundesverteidigungsminister Guttenberg nutzt die Sparvorgaben für sein Ministerium, um den Weg frei zu machen für die Umwandlung der noch auf dem „demokratischen Prinzip“ der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Bundeswehr in eine für die weltweiten Kriegseinsätze gerüstete Berufsarmee.

Die „Rente mit 67“

ist die Speerspitze der Demontagemassnahmen gegen die historische Errungenschaft des gesetzlichen Rentensystems im Rahmen von Schröders Agenda-Politik: Kürzung des Rentenniveaus und Teilprivatisierung, die die Arbeitnehmer zwingt zu versuchen, die Kürzungen durch Lohnfinanzierung einer privaten „Rentensäule“ auszugleichen. Diese Maßnahmen haben schon jetzt zu einer erheblichen Ausweitung der Altersarmut geführt.

RentnerInnen haben allein in den fünf Jahren seit 2003 Kaufkraftverluste bei ihren Renten von mehr als 10 Prozent erlitten.

„Rente mit 67“ ist nichts anderes als ein weiteres drakonisches Kürzungsprogramm und droht weitere Millionen der Altersarmut auszuliefern.

Diese „Rente mit 67“ ist in der ganzen Bevölkerung so verhasst, weil sie die gesamten Angriffe der Schröder-Regierung – und dann der Großen Koalition – auf ihre Errungenschaft der gesetzlichen Rente konzentriert.

Kann es für sie eine andere Forderung geben, als die nach Rücknahme der „Rente mit 67“ und aller Kürzungs- und Privatisierungsmaßnahmen?

Unter dem Druck der Bevölkerung, der ArbeitnehmerInnen, der Gewerkschaften und aus der SPD sieht sich Gabriel genötigt, eine Korrektur zu verlangen und gleichzeitig zu vermeiden, die Rente mit 67 ganz und damit die gesamten Kürzungsmaßnahmen infrage zu stellen.

Vor diesem Risiko haben Steinmeier und Schröder sofort warnend ihre Stimme erhoben.

Gabriel schlägt nun die Verschiebung der stufenweisen Einführung um 5 Jahre vor.

Die Gewerkschaftsführungen haben „Weg mit der Rente 67“ als Forderung in ihre Protestaktionen eingebracht, die für den Herbst gegen das Sparpaket der Regierung Merkel geplant sind. Sie nennen die Sparpakete „sozial ungerecht“ und „unausgewogen“.

Die „Protestaktionen“, in denen sich die Gewerkschaften in einem „Bündnis“ mit allen möglichen sozialen und politischen Bewegungen auflösen, haben zum Ziel und sind nur entsprechend geeignet, Druck auszuüben für eine „sozial gerechtere“ Gestaltung des Sparpakets der Merkel-Regierung. Und niemand kann erwarten, dass die „Rente mit 67“ durch sie vom Regierungstisch gefegt werden kann.

Der Aufruf zur wirklichen Mobilisierung für die klaren Forderungen nach Rücknahme des 80-Milliarden-Sparprogramms und der „Rente mit 67“ und aller bisherigen Kürzungen wird ein überaus starkes Echo in der Arbeitnehmerschaft und Jugend finden.

„Es kann nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein, der Regierung zu helfen durch einzelne Korrekturen deren Verarmungsprogramm als „sozialverträglicher“ und „sozial akzeptabler“ durchzusetzen“, schreiben Gewerkschaftskollegen. „Noch sind die Maßnahmen der Bundesregierung erst Pläne. (...) Wir sind davon überzeugt, dass eine wirkliche gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung der gesamten Arbeitnehmerschaft auf der Grundlage ihrer Forderungen die Pläne der Bundesregierung stoppen kann.“ (s. S. 6 in dieser Ausgabe)

Die Kollegen rufen gemeinsam mit sozialdemokratischen Genossen auf, dass die Sozialdemokraten „sich an der Seite der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft für eine gemeinsame Organisation der Mobilisierung der Arbeitnehmer und Jugend gegen das grausame Sparpaket der Regierung Merkel engagieren. Wir sind überzeugt, dass die Verwirklichung einer solchen einheitlichen Mobilisierung der Arbeitnehmer durch ihre Organisationen die Kraft schaffen wird, die die Politik von Merkel, der EU und des IWF, die Krisenkosten auf die Bevölkerung abzuwälzen, zurückzuschlagen kann“.

Carla Boulboulé